

Berlin, 26.04.2017

PRESSEINFORMATION

SPD-Fraktion Mitte fordert: „Himmelbeet“ erhalten!

Die Bezirksverordnetenversammlung Mitte hatte im Mai 2016 das Bezirksamt ersucht, ein Gesamtkonzept für das Grundstück Ruheplatzstraße 8-12 zu erarbeiten (DS 2740/IV). Dabei sollten die Interessen des Urban Gardening Projekts „Himmelbeet“ und der Amandla-Stiftung berücksichtigt werden. Die Amandla-Stiftung beabsichtigt, auf dem Gelände – das derzeit vom „Himmelbeet“ genutzt wird – einen sogenannten „Hub“ zu errichten, der nach eigenen Aussagen „als sicherer Ort gelten soll, über einen Fußballplatz verfügt sowie eine Bildungseinrichtung“. Es sollen dort junge Menschen gefördert werden, in dem ihnen Coaches zur Seite gestellt werden, die sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützen.

„Ein Gesamtkonzept liegt leider immer noch nicht vor“, stellt Julie Rothe, Sprecherin der SPD-Fraktion für Umwelt, Natur und Grünflächen, fest und ergänzt: **„Und trotzdem möchte das Bezirksamt mit einem „Letter of Intent“ das Grundstück zum 1.1.2018 an die Amandla-Stiftung zur Nutzung übergeben – das ist nicht im Sinne des Antrags und der Interessen der Beteiligten!“**

Die bisher in Rede stehenden Alternativen

- Zwischenumsetzung auf die Fläche der künftigen bezirklichen Sporthalle oder
- Endumsetzung auf das Grundstück der ehemaligen Passierscheinstelle Schulstraße 118 sind in keiner Weise organisatorisch und finanziell untersetzt.

„Wir fordern daher das Bezirksamt dringend auf, die Voraussetzungen zu schaffen, die in dem Antrag der BVV vom Mai letzten Jahres gefordert wurden,“ formuliert Sonja Kreitmair, SPD-Bezirksverordnete, nachdrücklich. Sie fügt hinzu: **„Auf Grundlage eines abgestimmten Gesamtkonzeptes ist dann eine konsensuale Lösung für alle Beteiligten möglich. Sollte dies nicht erfolgen, steht zu befürchten, dass das SafeHub-Projekt mit einem schweren Imageschaden startet, der weder für das Projekt noch für den Kiez förderlich ist, und die erfolgreiche Arbeit von Himmelbeet gefährdet.“**

Die SPD-Fraktion hat daher in einem Schreiben das Bezirksamt gebeten, sich der Angelegenheit mit aller Nachdrücklichkeit anzunehmen und eine gemeinschaftlich getragene Lösung auf den Weg zu bringen.